

Vossische Zeitung



Zeitung

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Die 'Vossische Zeitung' erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Illustrierte Beilage: 'Zeitbilder', wöchentlich zweimal. Sonntagsbeilage: 'Für Haus und Wandlung'. Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage. — Man bestell... in Berlin und Umgegend bei den Geschäftsstellen des Verlages Ullstein & Co., ausserhalb bei allen Postanstalten.

Bezugspreis: Für Groß-Berlin monatlich 9 M. 70 Pf. bei täglich zweimaliger freier Zustellung. Durch die Post monatlich 9 M. 80 Pf. oder vierteljährlich 7 M. 50 Pf. ausserhalb Postgebühren. — Anzeigenpreis: 80 Pf. für die Zeile, Stellenangebote 10 Pf., Stellenangebote auch gegen Jahrespreis. — Anzeigenannahme: Vollhaus, Breite Straße 49, Ullsteinhaus, Kochstraße 22/24, und in allen Ullstein-Filialen. Fernsprech-Zentrale Ullstein & Co. Amt Moritzplatz Nr. 11800, 11801, 11802, 11803 bis 11850, 15280, 15281 bis 15291. Amt Zentrum Nr. 8600.

Im Verlage von Ullstein & Co.

Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22/26.

Verantwortlich für die Redaktion (mit Ausnahme des Feuilletons) G. Bachmann in Berlin.

Das deutsche Kaperschiff im Atlantik.

Die Arbeit der neuen 'Möwe'.

Drahtmeldung.

Amsterdam, 18. Januar.

Das dem Vorkant der bereits gemeldeten Bekannmachung der englischen Admiralkraft über die Verhaftung von Handelschiffen geht hervor, daß es sich um das Werk eines deutschen Kaperschiffes handelt. Der als 'Rethers Hall' (4460 Tons) selbst. An Stelle von 'Georgie' ist vermutlich 'Georgie' (Witte Carlina, 10 077 Tons, Reg.-No.) zu lesen; an Stelle von 'Amisess' vielmehr 'Amisess' (Georgschiff, 3103 Tons).

Insgesamt sind mit den gestern als versenkt gemeldeten acht englischen und zwei französischen Dampfern unserer Feinde über 55 000 Tonnen verloren gegangen. Dazu kommen noch die gesunkenen Schiffe 'Subson Maru', 'Jarrowdale' und 'Saint Theodore' mit zusammen über 13 000 Tonnen.

Das Sündenregister Briands.

Drahtmeldung der 'Vossischen Zeitung'.

* Genf, 18. Januar.

Wie in der Gruppe 'für nationale Aktion' vereinigte französische Kammer- und Senatsopposition trotz am Mittwoch vormittag in der Kammer zu einer langen Beratung zusammen und beschloß nach Vorträgen der Abgeordneten Giandini und Abramo den Entschluß eines langer Manifestes, das die denkbar schärfste Kritik an der erfolglosen militärischen und diplomatischen Politik Briands ist. Die Enquete stellt zunächst fest, daß die Briand'sche Regierung durch die Verordnung vom 2. Dezember 1915, die die Orientarmee einem militärischen Organismus (gemeint ist das Hauptquartier Joffres) unterstellt habe, der der Colonien Expedition eigentl. feindlich gegenüberstand. Daher seien Geratit die verlangten Verstärkungen verweigert oder nur widerwillig und verspätet gewährt worden. Briand habe zwar nach einem Jahre seinen Irrtum eingesehen, aber sich trotzdem nur unter der Drohung einer neuen Ministerkrise Ende Dezember zur Besserung der für die Landesverteidigung notwendigen Zustände herbeigelassen. Die Resolution geht dann ein unendlich langes Register aller diplomatischen Sünden und Niederlagen der Entente in Oriehtland an. Briand wird für alle persönlich verantwortlich gemacht. Als besonders bedenklich wird ihm vorgeworfen, daß er noch im Mai 1916 an eine Intervention Oriehtlands auf Seiten der Entente geglaubt habe. Die einzige Folge der im Laufe von sechs Monaten Oriehtland überreichten 23 Noten seien die Vorgänge vom 1. Dezember gewesen, für die eine Sühne noch immer nicht erfolgt sei. Kammer und Senat hätten daher die militärische und diplomatische Lage im Orient und außerdem über die Regierungspläne für die Zukunft zu fordern.

Dann geht diese Anklagekiste auf die von der Opposition aufgedeckten Zustände im französischen Flugwesen ein, bezeichnet den französischen Flugzeugpark sowohl der Zahl wie der Qualität der Apparate nach als unzulänglich und nichtfähig. Die Verweigerung des Flugwesens ist schlecht organisiert und verlangt eine einheitliche militärische Leitung der Aviation. In gleicher Weise wird die Unzulänglichkeit des Marineflugwesens, namentlich dessen Unfähigkeit zur Abwehr der U-Boote aufgedeckt. Schließlich stellt das Manifest den Mangel jeglicher Zusammenarbeit der Verbündeten auf dem Gebiet der Aviation fest und bemerkt, daß auch auf diesem Gebiet die Einheit der Front eine leere Formel bleibe und verlangt die Gründung eines gemeinsamen Büros der Alliierten für das Flugwesen.

Der Kommissionsauschluß für auswärtige Angelegenheiten wurde von Briand beantragt, er werde dem Beauftragten des Ausschusses, Geratit, die erstenen Schriftstücke über die Ereignisse in Oriehtland vorlegen unter dem Vorbehalt, daß geheim und andere Mächte interessierende Schriftstücke nicht bekanntgegeben werden.

Der französische Ministerrat hatte in seiner Sitzung vom Dienstag beschlossen, die Vorlagen des stilleren Kriegsministers über die allgemeine Reorganisation der Untergliederung — seit langem ein Streitpunkt zwischen Regierung und Parlament —

bahin abzuändern, daß die Reformierten Nr. 1 (Kriegsuntauglichen) und die Territorialreserveisten des Jahrganges 02 und der älteren Jahrgangsklassen von der Nachmusterung befreit sein sollen. Dem Herenauspruch der Kammer war aber auch diese verbesserte Fassung nicht genehm. Er ließ Briand und dem Kriegsminister durch eine Abordnung mitteilen, er werde nur eine Nachmusterung der vor dem Kriege Zurückgestellten oder untauglich Erklärten zulassen, soweit diese nur einmal ernstlich untersucht worden sind.

Der deutsche Abendbericht.

Ämtliche Meldung.

Berlin, 18. Januar, abends.

Der West- und Ostfront ist der Tag ohne besondere Kampfbildungen verlaufen.

Griechische Stimmen für ein Bündnis mit Deutschland.

Drahtmeldung der 'Vossischen Zeitung'.

* Genf, 17. Januar.

Wie das Pariser 'Journal' berichtet, ist in Athen amtlichen Kreisen von neuem von der Einberufung der Kammer die Rede. Nach einer Meldung des Agentur Radio aus Salonik entliehe die griechische Regierung mehrere hundert ententeunabhängiger Besetzung verdächtige Beamte. Die Athener Presse führt weiter die denkbar lebensschärfste Sprache gegen die Entente. Sie erklärt, die Entente habe durch die dem König aufgegebenen Maßregeln in Wirklichkeit ohne eine Kriegserklärung die Feindseligkeiten eröffnet. Die 'Nea Simera' verlangt den Abschluß eines Bündnisses mit Deutschland. In der Provinz wurden nach dem Athener Blättern heftige Kundgebungen gegen die Entente veranstaltet.

Die Entente-Antwort an die europäischen Neutralen.

Drahtmeldung der 'Vossischen Zeitung'.

* Bern, 18. Januar.

Briand übergab dem Pariser Schweizerischen Gesandten heute die Antwort der Verbündeten auf die Schweizerische Note vom 28. Dezember 1916. Es heißt darin: Die ganze Welt kennt die Bemühungen, die die Schweiz in hochherziger Weise stets unternommen hat, die Leiden der Internierten, Schwerverwundeten und Soldaten zu mildern, deren unaufrichtig die hingewandte Pflege gewahrt wurde. Die Verbündeten sollen daher auch den Gefährten und Waisen der Internierten, von denen die Mitteilung der Bundesregierung Zeugnis ablegt. Ihre Haltung ist in der Antwort an den Präsidenten Wilson klar gekennzeichnet worden. Da die Bundesregierung auf die Vorschläge Amerikas Bezug genommen hat, beschien sich die verbündeten Regierungen, ihr hiermit den Wortlaut ihrer Antwort mitzuteilen. Sie möge in diesem Dokument, das von der Rote der belgischen Regierung begleitet ist, die Verlegung der Güter beenden, weshalb die Verbündeten es für unzulässig erachten, den Wünschen zu entsprechen, denen die Schweiz sich angeschlossen hat.

Eine Note gleichen Inhalts wurde dem Pariser Gesandten von Schweden, Norwegen und Dänemark überreicht.

Die Opposition gegen Protopopow.

Drahtmeldung der 'Vossischen Zeitung'.

* Amsterdam, 18. Januar.

Die Opposition gegen den russischen Minister des Innern Protopopow nimmt auch im eigenen Lande fort zu. Die 'Times' meldet aus Petersburg, daß die Oppositionspartei ihn formell aus der Mitgliederliste strich. Bezeichnend war der Vorgang, der sich beim Reichstagsbesuch in Jaroslavl abspielte. Protopopow ging auf Robskans, den Präsidenten der Duma, zu und sprach ihn an mit der Versicherung, daß er sich mit der Duma ausfinden werde, worauf die Antwort kam: 'Stets!' Protopopow's Freunde meinen, daß ein Duell unausweichlich sei, bisher hat indes Nobodys noch seine Forderung empfangen.

Das Eisenbahn-Defizit.

Von

Georg Bernhard.

Wir haben im getrigen Morgenblatt bereits an dem preussischen Etat für 1917 und an der Rede Artzt geübt, die der Finanzminister Lenze bei seiner Einbringung in Abgeordnetenhaus gehalten hat. Wir möchten dem heute noch einiges hinzufügen und wiederum an die Zuschläge zur Einkommen- und Ertragssteuer anknüpfen, die im vorigen Jahre beschlossen worden sind. Nach dem Gesetz vom 8. Juli 1916 ist während der Dauer der Erhebung der Zuschläge am Schlusse jedes Etatsjahres aus dem Gesamtaufkommen an Einkommensteuer und Ertragssteuer ein Betrag von 100 Millionen Mark zu entnehmen und zur Deckung der Festbeträge des Etatsjahres 1914 und der nächstfolgenden Etatsjahre zu verwenden. Wie der Finanzminister mitgeteilt hat, sind für das Etatsjahr 1916 nicht nur diese 100 Millionen eingegangen, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach werden am Schlusse des mit dem 31. März d. J. beendeten Etatsjahres noch 60 Millionen Mark darüber hinaus an Steuerertragsüberschüssen zu verzeichnen sein. Da das Rechnungsjahr 1914 mit einem Defizit von 116 Millionen abschloß, so ist also durch die Erträge der Zuschläge für 1916 dieses Defizit beinahe völlig getilgt. Nun wird im Haushaltsplan für 1917 dem Gesetz entsprechend von den Einnahmen aus den direkten Steuern wiederum die Summe von 100 Millionen abgezweigt. Sie soll zur Deckung des Restdefizits von 1914 und des Festbetrages von 1915 verwendet werden.

Diesen Festbetrag aus der Abrechnung für 1915 beizuführen der Minister auf 106 Millionen Mark. Wenn seine Rechnung richtig ist, so werden also — bei dem Abgeordnetenhaus die Erhebung der Zuschläge nur für den Fall, daß der Krieg bis über das Jahr 1917 hinausreichte sollte, die Erhebung der Zuschläge auch noch für 1918 getilgt — von dem Gesamtertrag der Jahre 1914 und 1915 200 Millionen durch die Steuern abgetragen und nur insgesamt 22 Millionen Mark auf Anleihen zu übernehmen seien. Aber es fragt sich, ob die Defizitberechnung für 1915 überhaupt richtig ist. Formell ist sie es natürlich. Aber wie stellt sich die Sache tatsächlich?

Man werfe einmal einen Blick auf das, was der Herr Minister über die Erträgnisse der Eisenbahnverwaltung im Jahre 1915 gesagt hat. Die Eisenbahnverwaltung für dieses Jahr schließt mit einem Festbetrag von 96 Millionen. Diese Summe wird vollkommen getilgt durch die Erhebung der Zuschläge und den Ausgleichsfonds in Höhe von 6,2 Millionen werden die verbleibenden 99,8 Millionen auf die Defizit-Anleihe übernommen. Der Minister sagte beharrlich hinzu, daß dadurch 'leider unter Staatsausgaben bauend mit den entsprechenden Ertrags- und Zinsenrenten belastet werden'. Das ist nur zu richtig: Durch die neue Schuld wird für den Jahresrest ein dauernder Belastungsgegenstand von beinahe 5 Millionen Mark geschaffen. Dagegen liegt sich gar nichts sagen, wenn es sich um ein wirkliches Defizit handelte. Tatsächlich liegt hier aber ein sehr eigenartiger Fall vor. Der Minister erzählte dem Abgeordnetenhaus, es hätte sich leider im Jahre 1915 nicht ermöglichen lassen, die Verrechnung über die Militärausgaben, verfahren durchzuführen. Ein großer Teil sei erst im Jahre 1916 abgerechnet und bezahlt worden, er habe daher in der Rechnung des Jahres 1915, so daß dieses Jahr weniger, das Jahr 1916 aber mehr aufweisen werde, als ihm eigentlich zukomme. Dabei handelt es sich aber nicht etwa um einen Betrag von wenigen Millionen. Der Minister sagte selbst, daß an Stelle der Rückberichtigung von 96 Millionen ein Betrag von fast gleicher Verbindung ein Ueberschuß an Stelle des Defizits in der Eisenbahnrechnung entstanden wäre. Die Erläuterungen zum Eisenbahn-Etat geben darüber Aufschluß, um welche Summen es sich handelt. Nach diesen Erläuterungen sind für Personen-Militärbeförderungen rund 63 Millionen und für Frachtgelder auf Militärausgaben rund 71 Millionen nicht in die Rechnung von 1915 eingestellt worden. Das macht insgesamt die hübsche Summe von 134 Millionen aus. Bisher